

(A)	
(B)	<p data-bbox="1449 192 1505 224">(C)</p> <p data-bbox="850 958 1235 990">Präsident Dr. Norbert Lammert:</p> <p data-bbox="815 1025 1489 1173">Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/4192 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. (D)</p> <p data-bbox="842 1191 1286 1223">Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:</p> <p data-bbox="890 1240 1426 1326">Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)</p> <p data-bbox="890 1344 1426 1402">– zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP</p> <p data-bbox="912 1420 1426 1594">Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zur Ergänzung von Artikel 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hinsichtlich der Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)</p> <p data-bbox="912 1612 1426 1818">hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 10 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union</p> <p data-bbox="890 1836 1311 1868">– zu dem Antrag der Fraktion der SPD</p> <p data-bbox="912 1886 1426 2027">zum Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates zur Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der</p>

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) **Euro ist** – Ratsdok. 17620/10 (EUCO 30/10), Anlage 1 –

hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) i. V. m. § 10 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Herstellung des Einverständnisses bezüglich der Ergänzung von Artikel 136 AEUV zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verantwortlich gestalten

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Alexander Ulrich, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

zum Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates zur Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist – Ratsdok. 17620/10 (EUCO 30/10), Anlage 1 –

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

(B) – zu dem Antrag der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Alexander Bonde, Dr. Gerhard Schick, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herstellung des Einverständnisses zwischen Bundestag und Bundesregierung zur Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist

hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 GG i. V. m. § 10 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

– Drucksachen 17/4880, 17/4881, 17/4882, 17/4883, 17/5094 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Michael Stübgen
Michael Roth (Heringen)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Diether Dehm
Manuel Sarrazin

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu ihrem eigenen Antrag vor.

(C) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die Aussprache 45 Minuten dauern. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Michael Link für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die FDP setzt als Europapartei fest und konsequent auf die europäische Integration. Ein ganz zentraler Teil der europäischen Integration ist die gemeinsame Währung. Diese gemeinsame Währung ist in schweres Fahrwasser geraten. Ich lege aber großen Wert darauf, zu sagen: Wir haben es nicht mit einer Euro-Krise zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine Verschuldungskrise, teilweise auch eine Banken- und Wirtschaftskrise. Die Ursache für diese Verschuldungskrise liegt weit vor dem Jahr 2008, in dem die Finanzkrise begonnen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Mechthild Dyckmans [FDP]: Sehr richtig!)

(D) Ursachen waren extrem laxe und nachlässige Ausgabenprogramme, eine überbordende Staatsverschuldung und ein fortgesetztes Verstoßen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt. In den letzten Jahren hat die Europäische Kommission zwar 26 Defizitverfahren eingeleitet, die Euro-Gruppe hat darauf aber exakt null Mal mit Sanktionen reagiert.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, immer wieder zu sagen: Wir haben keine Euro-Krise, aber wir haben eine Krise, was die Art und Weise angeht, wie wir mit unseren Regeln umgehen. In zahlreichen Mitgliedstaaten haben wir eine Verschuldungskrise. Das gilt übrigens auch für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere seit der Regierungszeit von Rot-Grün, und wir müssen heute hart arbeiten, um das aufzuarbeiten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Verschuldung macht Herr Schäuble!)

FDP- und CDU/CSU-Fraktion wollen, dass mit einem Europäischen Stabilisierungsmechanismus die Lehre aus dieser Verschuldungs- und Bankenkrise gezogen wird. Der ESM und der Pakt für den Euro müssen ganz entscheidend dazu beitragen, dass die Stabilität im Euro-Währungsgebiet wiederhergestellt wird und künftige Verschuldungskrisen vermieden werden. Dadurch kann die europäische Integration gefestigt werden.

Die EU benötigt daher dringend bessere Regeln, die Gläubiger wie Schuldner zu mehr Vorsicht bei der Kreditvergabe anhalten. Keinesfalls – ich unterstreiche das – darf eine Erleichterung bei der Kreditvergabe ermöglicht werden.

(Beifall bei der FDP)

Michael Link (Heilbronn)

- (A) Der ESM darf kein Superkreditinstrument werden. Zur Disziplinierung der Regierungen mit Blick auf übergroßes Schuldenmachen bedarf es wirksamer, sanktionsbewehrter Schuldenschränken im Stabilitätspakt und im jeweiligen nationalen Recht. Die FDP-Fraktion unterstreicht deshalb ausdrücklich – das wird auch in dem Koalitionsantrag deutlich –, dass wir im Bereich der automatisierten Sanktionen vorankommen müssen. Das sehen wir übrigens ebenso wie unsere Kollegen im Europäischen Parlament. Die sehr guten Vorschläge von Kommissar Rehn zur sogenannten Reverse Majority – Rückholbarkeit von Sanktionen nur innerhalb von zehn Tagen mit umgekehrter Mehrheit – zielen aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Dadurch geraten wir erst gar nicht in die Verschuldungskrise.

Viel wichtiger als der ESM und die darin enthaltenen Reparaturinstrumente ist die Vorsorge. In den nächsten Wochen und Monaten müssen wir diesbezüglich – das sage ich an die Adresse der Bundesregierung – noch intensiv arbeiten, damit wir zu automatisierten Sanktionen kommen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Die Erfahrung hat gezeigt, dass Regeln wie die des Stabilitätspakts bei entsprechendem Willen politisch so interpretiert werden können, dass sie ihre Wirksamkeit faktisch verlieren. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir die Kontrollfunktion der Märkte wirken lassen. Die Anleger müssen mit ihren Anlagen im Risiko stehen. Nur dann lassen sie bei der Kreditvergabe Vorsicht walten. Nur dann werden Zinsen verlangt, die dem Risiko des jeweiligen Schuldners entsprechen, um sich gegen den Verlust der Forderungen abzusichern. Nur durch risikogerechte Zinsen wird das Schuldenmachen auf ein für das jeweilige Land erträgliches Maß begrenzt. Dieser Mechanismus funktioniert automatisch und besser, als jeder Pakt es jemals könnte.

Eine zentrale Forderung der Koalition war deshalb immer, dass eine absehbare und kalkulierbare obligatorische Begleitbeteiligung der Gläubiger erfolgt. Das ist in dem ESM-Verfahren enthalten. Wir hätten uns das durchaus noch stärker vorstellen können – das sage ich auch ganz deutlich –, aber wir wissen, dass man bei europäischen Lösungen natürlich auch immer gewisse Kompromisse eingehen muss. Umso klarer muss sein – dies sage ich insbesondere mit Blick auf das Bundesfinanzministerium und die letzten Verhandlungsschritte bei der Euro-Gruppe am 21. März –, dass wir an diesem Punkt keinerlei Aufweichungen mehr zulassen dürfen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Link, lassen Sie Zwischenfragen zu?

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Gern.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte schön.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, Sie haben zur Gläubigerbeteiligung gesprochen. Ich würde mich dafür interessieren, wie die Position Ihrer Fraktion dazu ist, dass die irische Regierung der Auffassung ist, dass es bei den irischen Banken eine Gläubigerbeteiligung geben kann, die anderen europäischen Regierungen das aber bisher in der Sache ablehnen, also gerade die Gläubigerbeteiligung, die Sie einfordern, konkret verhindert wird. Wie steht Ihre Fraktion dazu?

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Die Dinge, die jetzt zur Gläubigerbeteiligung in dem Beschluss stehen – darin stehen sehr lange Passagen zur Gläubigerbeteiligung –, sind in der Theorie sehr gut. Bleiben sie allerdings Rhetorik, dann droht dieser gesamte ESM so, wie wir ihn jetzt machen, zu scheitern. Die Gläubigerbeteiligung muss effizient sein und darf – deshalb habe ich das gerade vorhin gesagt – politisch nicht manipuliert werden. Die Weiche zwischen temporär zahlungsunfähig und dauerhaft insolvent darf nicht immer wieder von der Euro-Gruppe in die Richtung gestellt werden, dass es keine Gläubigerbeteiligung gibt und dass man sich anders durchwurschteln kann. Das wollen wir dezidiert nicht.

Wir wollen aber auch nicht – das ist ja auch Teil Ihrer Frage, Herr Kollege Schick – die Art von Gläubigerbeteiligung, wie sie beispielsweise in dem Teil Sekundärmarktaufkauf, Buy-back-Aktionen angelegt war. Diese Art von Gläubigerbeteiligung ist für uns keine wirkliche, sie ist keine harte Gläubigerbeteiligung. Sie ist letztlich etwas, was aus unserer Sicht auch gegen das No-bail-out-Gebot verstoßen würde.

Ich würde jetzt gern mit meiner Rede fortfahren.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe die Antwort noch nicht gehört!)

Es ist für uns extrem wichtig – ich habe das Bail-out-Verbot erwähnt –, dass wir das No-bail-out-Gebot in den Verhandlungen sichern konnten. Das No-bail-out-Gebot gilt, und der neue Art. 136 AEUV wird nicht eine Art Spezialgesetz, eine Lex specialis, zum Art. 125. Es wird keine Relativierung des Bail-out-Verbots, jedenfalls nicht mit unserem Koalitionsantrag, den wir heute vorlegen, geben. Deshalb erwarten wir auch, dass dort, wo noch Fragen sind – zum Beispiel bei den Primärmarktanleihen –, bei der Umsetzungsgesetzgebung entsprechende Präzisierungen erfolgen. Es muss deutlich werden, dass es auch bei diesen Primärmarktanleihen nicht um organisierte große Programme geht, sondern um Ausnahmefälle unter Konditionen und dadurch auch ein klarer Abstand sowohl zum Bail-out-Verbot gewahrt ist als auch umgekehrt das Ultima-Ratio-Prinzip gewährleistet ist. Denn es war für uns auch ein absolut zentraler Punkt, dass alle Hilfsmaßnahmen, gerade wenn es um Darlehen des ESM geht, nur als Ultima Ratio erfolgen.

(C)

(D)

Michael Link (Heilbronn)

(A) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Koalitionsantrag sehr deutlich gemacht – wir werden auch auf dem weiteren Weg der Umsetzung darauf achten –, dass es notwendig ist, dass der Bundestag vor jeder Aktivierung des ESM im Wege seiner Zustimmungspflicht konstitutiv beteiligt wird, das heißt, ein Parlamentsvorbehalt gesetzt wird. Betroffen ist hierbei nicht mehr und nicht weniger als das Königsrecht des Parlaments, die Haushaltssouveränität.

Betroffen ist auch – das Verfassungsgericht hat immer wieder darauf hingewiesen – Art. 20 des Grundgesetzes, das Demokratiegebot. Wir werden deshalb großen Wert darauf legen, dass die Ratifizierung der Vertragsänderung, zu der wir heute das Einvernehmen erteilen wollen, und die Umsetzungsgesetzgebung in einem Schritt erfolgen, um dadurch immer ein ganz konkretes Kontroll- und Mitwirkungsrecht des Bundestages zu gewährleisten.

Im Übrigen wünschen wir, dass wir den Pakt – das möchte ich nur einflechten – so gestalten, dass wir den Staaten, die heute noch nicht Teil der Euro-Zone sind, den Beitritt erleichtern können. Ich erinnere immer wieder daran: Europäische Integration lebt auch davon, dass wir alle 27 mitnehmen. Ich weiß, es gibt diesbezüglich große Bedenken bei den Partnern. Wir müssen deshalb unbedingt immer darauf achten, dass wir es auch denjenigen, die heute noch nicht am Pakt und an der Euro-Zone teilnehmen, ermöglichen, noch aufzuspringen. Wir müssen das leicht und erreichbar machen.

(B) Mit der Verabschiedung des Antrags der Koalition und unter den in ihm formulierten Rahmenbedingungen stellen wir das gesetzlich gebotene Einvernehmen mit der Bundesregierung für die Änderung des Art. 136 AEUV her und werden unserer Integrationsverantwortung gerecht. Wir danken insbesondere der Frau Bundeskanzlerin, dem Bundesaußenminister und dem Bundesminister der Finanzen für den in den Verhandlungen bisher zurückgelegten weiten Weg und für die erreichten Ergebnisse. Wir wissen, dass diese Verhandlungen schwer sind und herausfordernd bleiben. Wir werden als FDP-Fraktion die Verhandlungen deshalb weiterhin aktiv unterstützen und begleiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Michael Roth ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europäischer Stabilitätsmechanismus – was für ein technokratisches Wort. Worum geht es? Es geht um Solidarität im wohlverstandenen Sinne, nicht nur im wohlverstandenen europäischen Sinne, sondern auch im wohlver-

standenen nationalen Sinne. Es geht um Solidarität, weil wir als Exportnation ein Interesse an stabilen Märkten haben müssen, weil wir an Wohlstand und sozialer Stabilität in allen europäischen Mitgliedstaaten ein Interesse haben müssen, weil wir an einem starken Euro und an einer Europäischen Union, die sich nicht ständig mit sich selbst beschäftigt, sondern auch in der Lage ist, ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ein Interesse haben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern hat mich die Diskussion der vergangenen Monate, die maßgeblich auf das Konto von CDU/CSU und FDP geht, befremdet. Wenn wir von Solidaritätsunion sprechen, sprechen Sie von Transferunion. Sie flirten mit dem Boulevard nach dem Motto: Gutes deutsches Geld hat in Griechenland, in Spanien und in Irland nichts zu suchen. Die sollen sich gefälligst selbst um ihre Probleme kümmern und sie selbst lösen.

Es ist uns nicht leichtgefallen, Ihren Weg, den Sie eben als lang beschrieben haben, zu verfolgen. Das war eher ein Zickzackkurs.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Das liegt an Ihnen!)

Die berühmte Springprozession ist nichts dagegen. Sie haben einmal erklärt, dass es überhaupt keinen Rettungsschirm geben soll. Dann haben Sie sich nach langem Ach und Weh für einen Rettungsschirm ausgesprochen. Dann hat die Bundeskanzlerin erklärt: Ja, Rettungsschirm schon, aber er ist zeitlich befristet bis 2013.

(Michael Link [Heilbronn] [FDP]: Ist er ja auch!)

Jetzt wurde ein Stabilitätsmechanismus, also ein Rettungsschirm, implementiert, der über 2013 hinaus dauerhaft gilt. Sie haben lang und breit erklärt – das findet sich auch in Ihren Anträgen –, der ESM, der Rettungsschirm, dürfe um keinen einzigen Euro aufgestockt werden. Jetzt wird der ESM aufgestockt; aus Sicht der SPD geschieht dies aus guten Gründen.

Bei Ihnen weiß man nie, was Sie eigentlich wollen. Sie müssen einmal klären: Werden Sie Ihrer eigenen Tradition als europafreundliche Partei gerecht, die in Europa nicht einen Teil des Problems, sondern einen Teil der Lösung sieht,

(Michael Link [Heilbronn] [FDP]: Ja! Genau das machen wir!)

oder wollen Sie weiterhin mit dem Boulevard, mit der *Bild*-Zeitung flirten, weil Sie meinen, Sie könnten dadurch Ihr populistisches Mütchen kühlen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU, FDP und leider auch Teilen der CDU?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss deutlich sagen: Es gibt nur noch wenige Europaparteien hier in diesem Parlament. Das sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(C)

(D)

Michael Roth (Heringen)

- (A) und sicherlich auch die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Sie hingegen haben sich von Ihrer eigenen Verantwortung verabschiedet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen nur in ein einziges Nachbarland fahren, um das zu sehen. Das deutsch-französische Tandem funktioniert nicht mehr. Sprechen Sie einmal mit Ihrem Parteifreund Jean-Claude Juncker. Er wird Ihnen ins Stammbuch schreiben, wie das früher lief und wie es heute unter Bundeskanzlerin Merkel läuft. Ich appelliere an Sie: Werden Sie Ihrer eigenen Tradition gerecht. Dann kann etwas Gutes daraus werden. Aber, Kollege Link, erklären Sie uns nicht in acht Minuten nur, was Sie nicht wollen. Sagen Sie uns doch einfach einmal, was Sie wollen und wo Sie Europa konstruktiv mitgestalten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu habe ich in Ihrem Redebeitrag leider – das sage ich trotz aller persönlichen Wertschätzung – relativ wenig gehört.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es gibt den Wunsch zu Zwischenfragen, Herr Kollege Roth.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Okay.

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte schön.

Dr. Daniel Volk (FDP):

Herr Kollege Roth, ist Ihre Partei bzw. Ihre Fraktion ihrer europäischen Verantwortung dadurch gerecht geworden, dass sie sich bei den Beschlussfassungen im Zusammenhang mit den Rettungsaktionen im Falle Griechenlands hier im Hause verantwortungslos enthalten hat, oder wie wurde sie ihrer Verantwortung gerecht?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gerd Bollmann [SPD]: Stehen bleiben, bitte!)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Lieber Herr Kollege, da fragen Sie den Falschen. Ich habe der Griechenland-Hilfe nämlich zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Daniel Volk [FDP]: Und Ihre Fraktion?)

Ich habe aber großes Verständnis für meine Fraktion, die es sich in dieser Frage nicht leicht gemacht hat.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Ja, ja! Da war die SPD wieder mal gespalten!)

– Mir ist eine aufrechte Position als frei gewählter Abgeordneter lieber,

(Patrick Döring [FDP]: Oh! Sehr gut!)

(C)

als in Ihrem Windschatten bei der Harakiripolitik, die von der Bundeskanzlerin betrieben wurde, mit unterzugehen.

(Beifall bei der SPD – Patrick Döring [FDP]: Aha! Ich denke, Sie haben zugestimmt! Was denn nun?)

– Ich persönlich habe zugestimmt, auch wenn es mir, lieber Herr Kollege, weniger darum ging, der Bundeskanzlerin den Weg zu ebnen. Mir war wichtiger, dass die Europäische Union eine Solidaritätsunion ist und dass Partner, die in eine Krise geraten sind, Hilfe bekommen, allerdings nicht einfach so, sondern mit einer entsprechenden Konditionierung, mit Bedingungen.

Die Bundesregierung hat meine und unsere Zustimmung auch bei einer anderen mehr als berechtigten Forderung, nämlich im Hinblick auf Zinsvergünstigungen für Irland. Irland kann nur dann Solidarität von der Europäischen Union erwarten, wenn man endlich bereit ist, die FDP-Politik in Irland zu beenden und die Körperschaftsteuer von 12,5 Prozent im Interesse des Landes und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger angemessen zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Patrick Döring [FDP]: Dafür ist aber nicht der Bundestag zuständig! Dafür sind die Länder selbst zuständig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind bereit, diesen Europäischen Stabilitätsmechanismus vom Grundsatz her mitzutragen. Deswegen werden wir dem Antrag der Bundesregierung auf Einvernehmensherstellung heute zustimmen. Aber wir knüpfen unsere Zustimmung an die Erfüllung bestimmter Erwartungen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihrer Verpflichtung gegenüber dem Deutschen Bundestag endlich gerecht wird und den Bundestag in EU-Angelegenheiten frühestmöglich und umfassend unterrichtet. An dieser Stelle will ich ein Dankeschön an den Bundestagspräsidenten aussprechen,

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

der im Interesse aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien deutlich gemacht hat, dass das Armutszeugnis, das sich die Bundesregierung beim sogenannten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit selbst ausgestellt hat, nicht der Maßstab im Hinblick auf ihre Pflichten zur Unterrichtung des Bundestages sein kann und darf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In allen Hauptstädten und allen EU-Institutionen wird über einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit diskutiert, und die Medien berichten breit darüber. Aber die Bundesregierung stellt sich hin und sagt: Wir können Ihnen keine Informationen zukommen lassen, weil es diesen Pakt gar nicht gibt. – Inzwischen gibt es auch einen Pakt für den Euro. Wir sind am 11. März dieses Jahres erstmals darüber unterrichtet worden. Ich weiß, dass es Kolleginnen und Kollegen in der FDP-Fraktion, aber auch bei CDU und CSU gibt, die mit uns einer Meinung sind. Insofern

Michael Roth (Heringen)

- (A) habe ich Ihren Beifall gerade vermisst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus sind wir der Auffassung: Der Stabilitätsmechanismus ist notwendig. Auch die Aufstockung ist notwendig. Aber dies allein reicht nicht:

Erstens. Wir brauchen eine angemessene Parlamentsbeteiligung. Wir müssen auch die Lehren aus der verheerenden Unterrichtspolitik der Bundesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten ziehen. Ich appelliere an CDU/CSU und FDP, hier eine interfraktionale Verständigung herbeizuführen. Wir sind zu Gesprächen bereit. Wir sollten auch die richtigen Konsequenzen aus dem Status quo ziehen. Hier haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Zweitens. Wir brauchen nicht nur einen Pakt für den Euro, sondern auch einen Pakt für Wachstum und soziale Stabilität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Konsolidierung kann nur mit nachhaltigem Wachstum erfolgreich sein. Ich bin beeindruckt, was die griechische Regierung den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten und welcher hohen Preis sie dafür zu zahlen bereit ist. Aber wir erkennen doch schon jetzt, dass all die Anstrengungen, die wir in Bundesrat und Bundestag wahrscheinlich niemals durchbekämen, nicht ausreichen, um dieses Land aus der Krise zu führen.

- (B) Insofern darf eine notwendige Konsolidierung nicht zu einer Austeritätspolitik führen, die jegliches Wachstum hemmt, die die Länder in einen Teufelskreislauf führt und die diese Länder weiterhin zum sozialen Schlusslicht der Europäischen Union werden lässt. Hier brauchen wir eine andere Politik, die den sozialen Bereich in den Blickpunkt nimmt, die Wachstum in den Blickpunkt nimmt und die auch die soziale Stabilität in den Blickpunkt nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren fordern wir eine Beteiligung der Krisenverursacher. Deshalb nehmen wir Sie, liebe Bundesregierung, beim Wort. In den Schlussforderungen zum Gipfel steht zu lesen, dass die europäische Finanztransaktionssteuer sondiert wird. Wir erwarten einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission. Darüber hinaus erwarten wir, dass sich die Bundesregierung vorbehaltlos hinter das Ziel einer europäischen Finanztransaktionssteuer stellt und dass diejenigen, die diese Krise maßgeblich verursacht haben, stärker in die Pflicht genommen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichermaßen brauchen wir eine entsprechende Gläubigerbeteiligung. Ich gebe es offen zu: Diesbezüglich sind wir mit unseren Diskussionen in allen Fraktionen noch nicht am Ende angelangt. Hier wäre sicherlich ein bisschen mehr Fürsorge und ein bisschen mehr Sensibilität auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern

durchaus angebracht. Denn diese sagen zu Recht: Es kann ja nicht angehen, dass nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie die Staaten für das aufzukommen haben, was andere verursacht haben, die Gläubiger und Banken aber weitgehend ungeschoren davorkommen. – Das ist mit unseren Vorstellungen von Solidarität in der Europäischen Union auch in Bezug auf den europäischen Stabilitätsmechanismus unvereinbar.

(Beifall bei der SPD)

Ein Letztes – und das ist für uns als ein wirtschaftlich sehr starkes Land sicherlich nicht ganz einfach –: Auch die Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss stehen in der Verantwortung.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: In der Tat!)

Es kann nicht angehen, dass die Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung nicht mehr in ein Verhältnis zu setzen ist. Es kann für die gesamte Europäische Union nicht gut sein, dass die Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren eine Nettolohnentwicklung von minus 4 Prozent hatte, der EU-Durchschnitt aber bei rund 20 Prozent Plus liegt. Daher muss deutlich werden: Wohlstand und nachhaltiges Wachstum können nur erreicht werden, wenn auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die sozial Schwächeren von diesem Wachstumsmodell profitieren.

Insofern erwarten wir von der Bundesregierung eine bessere Beteiligung des Parlaments. Wir erwarten, dass Sie nicht nur Nein sagen, dass Sie nicht nur zögern und zaudern, sondern dass Sie in den EU-Institutionen wieder das Maß an Überzeugungsfähigkeit erreichen können, das Ihre Vorgängerregierungen vorbildlich erreicht haben. Hier arbeiten Sie weit unter den Möglichkeiten Deutschlands –

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, Sie hätten kurz vor –

Michael Roth (Heringen) (SPD):

– und weit unter den Möglichkeiten, die einer deutschen Bundesregierung zustünden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich wollte Ihnen noch die Gelegenheit einer informellen Verlängerung der Redezeit durch Zulassung einer Zusatzfrage zuschustern.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Nun hat das Wort der Kollege Michael Meister für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollen heute unser Einverständnis

Dr. Michael Meister

(A) (Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, Einvernehmen!)

zur Änderung der europäischen Verträge zur Errichtung des europäischen Stabilitätspaktes erteilen. Ich will zunächst einmal feststellen: Wir als Unionsfraktion sind der Meinung, dass wir einen dauerhaft stabilen Euro haben wollen. Dies bedeutet: Wir bekennen uns zum Euro. Wir bekennen uns zum stabilen Euro, und wir bekennen uns zur Dauerhaftigkeit dieser Währung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, es ist richtig, dass wir an dieser Stelle Solidarität nicht missverstehen, Kollege Roth, indem wir sagen: Falsche Strukturen werden wir mit viel Geld dauerhaft aufrechterhalten.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das hat doch keiner gesagt!)

Vielmehr verstehen wir Solidarität so, dass wir motivieren und Anreize setzen, damit sich falsche Strukturen zu richtigen Strukturen verändern. Denn dann ist Solidarität nicht mehr erforderlich. Das heißt, wir müssen die Länder und Staaten ermutigen, das Richtige zu tun. In diesem Sinne sind wir bereit, Solidarität zu üben, aber nicht, indem wir zu einer Transferunion werden und dauerhaft falsche Strukturen mitfinanzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will hier ausdrücklich sagen, dass an der No-bail-out-Klausel festgehalten wird und dass sie durch diese Vertragsänderung nicht tangiert wird. Das ist für uns extrem wichtig.

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Meister, darf der Kollege Sarrazin Ihnen schon zu diesem frühen Zeitpunkt Ihrer Rede eine Zwischenfrage stellen?

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Es verwundert mich, dass er so wissbegierig ist, aber ich will ihn nicht hindern. Bitte sehr.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Ich glaube nicht, dass er wissbegierig ist!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielleicht will er ja gar nichts wissen, sondern Ihnen etwas mitteilen.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich muss das hier als Frage formulieren.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nein, nicht einmal das.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, Sie haben ja eindrucksvoll davon geredet, dass man falsche Strukturen nach der Erkenntnis,

dass sie falsch sind, nicht weiter aufrechterhalten soll. (C) Wir wissen jetzt ja, dass die EZB inzwischen über 70 Milliarden Euro an Staatsanleihen in ihrem Portfolio hat, das inzwischen ein so hohes Risiko trägt, dass das EZB-Stammkapital im Dezember verdoppelt werden musste. Damit die EZB wieder eine größere politische Unabhängigkeit erhält, gab es den Vorschlag, dass sie durch einen Aufkauf, der durch die EFSF finanziert wird, von diesen Titeln zum Teil entlastet werden könnte. Das haben Sie unglaublicherweise abgelehnt.

Sehen Sie es nicht auch so, dass Sie dadurch die falsche Struktur, dass die EZB ein politischer Player am Markt wird, aufrechterhalten, anstatt die politische Unabhängigkeit der EZB zu wahren?

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Lieber Herr Kollege Sarrazin, ich bin nicht Mitglied des EZB-Rates, sondern ich bin Abgeordneter des Deutschen Bundestages, und ich bin fest davon überzeugt, dass die Grundsäule unserer europäischen Währung und die Stabilität, von der ich vorhin sprach, dadurch gewährleistet werden, dass wir als Politik die Unabhängigkeit der Zentralbank wahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb habe ich niemals die Empfehlung an den Zentralbankrat gegeben, sich in die von Ihnen skizzierte Lage zu bringen. Es ist auch nicht meine Aufgabe als politisch Verantwortlicher, Handlungsoptionen der Europäischen Zentralbank in welcher Weise auch immer zu fordern oder zu bewerten. (D)

Das ist mein Verständnis von Unabhängigkeit, und wir als Politiker sollten alles dafür tun, dass wir die Europäische Zentralbank nicht in eine Lage führen, in der sie selbst glaubt, etwas tun zu müssen, um den Geldwert zu stabilisieren.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das haben Sie doch getan!)

Das ist unsere Verantwortung, und dazu tragen wir zum Beispiel bei – ich sehe den Kollegen Barthle an –, indem wir eine ordentliche Fiskalpolitik in Deutschland betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir beschließen heute die Ultima Ratio, und zwar deshalb, weil wir glauben, dass wesentliche Stufen der Prävention vorgeschaltet werden müssen.

Die erste Prävention ist der Pakt für den Euro. Ich glaube, dass der Pakt für den Euro richtig ist, weil wir hier über die Best Practice reden. Wir wollen uns also hin zum Besten und nicht zum Durchschnitt bewegen, und wir sagen: Er ist offen für jeden, der mitwirken will, und nicht nur für die Euro-Länder. Ich glaube, dass das ein guter Ansatz ist, um dafür zu sorgen, dass die einzelnen Volkswirtschaften im Euro-Raum leistungsfähiger werden, wodurch Fehlentwicklungen, wie wir sie jetzt haben, von vornherein präventiv vermieden werden.

Dr. Michael Meister

(A) Herr Kollege Roth, deshalb ist es richtig, dass wir uns über die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften Gedanken machen. Sie bezieht sich doch nicht nur auf den Euro-Raum, wie Sie das skizziert haben. Wir brauchen ein gemeinsames Niveau und müssen vielleicht ein paar Leistungsbilanzüberschüsse abbauen. Unsere Wettbewerber sitzen aber außerhalb Europas. Es stellt sich doch die Frage, inwieweit der Euro-Raum gegenüber China, den USA und anderen Ländern überhaupt wettbewerbsfähig ist. Ich glaube, deshalb ist es richtig, dass wir uns zum Besten hin bewegen und an der Wettbewerbsfähigkeit arbeiten.

Wir haben ein riesiges Problem hinsichtlich der Demografie und arbeiten in Deutschland daran. Das ist sehr schwierig und tut uns sehr weh, weil die Sozialsysteme tangiert werden. Ich glaube aber, dass wir die Frage beantworten müssen, wie wir im Sinne einer vernünftigen Solidarität dauerhaft leistungsfähige, nachhaltige Sozialsysteme in Europa haben können. Das ist doch eine vernünftige Aufgabe, die wir im Sinne einer besseren Situation für unsere Volkswirtschaften gemeinsam angehen sollten. Deshalb ist der Pakt für den Euro ein richtiger Schritt der Prävention.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Wir leisten Prävention, indem wir den Maastricht-Vertrag endlich wieder stärken. 2003/2004 wurde er bedauerlicherweise massiv geschwächt, und zwar indem Deutschland plötzlich zu Konsequenzen gedrängt wurde, die sich aus dem Maastricht-Vertrag ergaben. An dieser Stelle ist es wichtig, dass wir den Vertrag wieder stärken, indem zum Beispiel das Kriterium Gesamtschulden stärker in den Fokus rückt. Wir müssen von politischen Einflüssen wegkommen hin zu einem quasi automatischen Entscheidungsverfahren, bei dem Politik eine weniger große Rolle spielt.

(B) Wir müssen aber auch unsere Vorbildrolle ausbauen. Statt von anderen ein besseres Verhalten zu fordern, müssen wir von uns selbst ein besseres Verhalten im Sinne der Fiskalpolitik einfordern. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Dazu bekennen wir uns auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich glaube, es ist auch notwendig, dass wir für die einzelnen Länder mehr Transparenz schaffen, damit früher erkennbar wird, ob ihre Entwicklung gut oder weniger gut ist, damit die Kapitalmärkte viel früher über die Zinsfestlegung der Risikolage des Landes entsprechend positives oder weniger positives Verhalten adäquat bewerten. Denn dann werden die jeweiligen Regierungen viel früher ihren Kurs ändern müssen, statt auf eine Notlage zuzusteuern, wie wir sie in Griechenland oder Irland erlebt haben.

Wenn ich von Irland spreche, will ich einen weiteren Punkt nennen, der in dieser Debatte bisher nicht vorgekommen ist, der aber zwingend dazugehört. Sie haben es kurz angesprochen. Ich glaube, es reicht nicht, den Blick allein auf die Fiskalpolitik und den Maastricht-Vertrag zu richten. In Irland war das alles in Ordnung. Auch die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit war gegeben.

(C) Aber der Bankensektor ist aus dem Ruder gelaufen, und plötzlich musste das nationale Bankensystem gestützt werden.

Deshalb müssen wir, was die Aufsicht über den Finanzsektor angeht, eine bessere Regulierung für den Finanzsektor erarbeiten. Sonst wird all das, was wir zugunsten der Euro-Stabilisierung tun, nicht wirksam sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Gute Idee!)

– Ja, das machen wir auch. Wir haben die europäische Aufsicht installiert. Sie ist mittlerweile in Arbeit. Wir sind auch dabei, entsprechende Aufsichtsregeln und Regeln für das Finanzsystem zu entwickeln. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, und es ist vernünftig, das gemeinsam zu tun. Denn niemand von uns hat das, was jetzt eingetreten ist, vorhergesehen.

Wir kommen nun zu dem eigentlichen Punkt, dem ESM. Ich stelle ihn deshalb ans Ende, weil er kein Regelwerk sein soll, das wir regelmäßig zur Stabilisierung des Euro einsetzen, sondern die Ultima Ratio. Ja, wir wollen einen dauerhaften, festen Mechanismus schaffen, aber wir wollen nicht, dass er dauerhaft in Anspruch genommen wird. Vielmehr wollen wir erstens vermeiden, dass er in Anspruch genommen wird, und zweitens soll er, wenn er in Anspruch genommen wird, das Land nach kurzer Zeit wieder in die Lage versetzen, ohne ihn auszukommen.

(D) Deshalb wollen wir Voraussetzungen schaffen, die dem Problem des Landes gerecht werden und eine Gefährdung der gesamten Euro-Zone vermeiden. Wir fordern aber auch harte Auflagen für das jeweilige Land, sich einem Anpassungsprogramm zu unterziehen. Ich glaube, dass das der richtige Ansatz ist, um dieser Zielsetzung genügen zu können.

Eine letzte Bemerkung: Wir haben dafür Sorge getragen, dass sich kein Automatismus entwickeln kann. Der Stabilitätsmechanismus kann nur mit unserer Zustimmung aktiviert werden. Auch das halte ich für wichtig und richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich freue mich – erlauben Sie mir, abschließend darauf hinzuweisen, dass ich das toll finde, Herr Roth –, dass Sie angekündigt haben, dem ESM zustimmen zu wollen. Ich halte es für gut, wenn wir in Deutschland eine möglichst breite parlamentarische Basis dafür haben.

Wir sprechen heute über das Außenverhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union. Dazu geben wir heute eine Stellungnahme ab.

Wir haben zu klären, wie wir die Diskussionen in Deutschland selbst führen. Dabei stellt sich die Frage, wie stark wir den Deutschen Bundestag an den Entscheidungen, die zu treffen sind, beteiligen. Diese Diskussion müssen wir aber nach innen führen. Ich bin der Meinung, dass wir bei solch grundlegenden Entscheidungen

Dr. Michael Meister

- (A) unser Parlament mit einbeziehen. Dafür werden wir Sorge tragen. Ich freue mich auf die Debatte, die wir gemeinsam führen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nur zur Erläuterung: Ich bitte um Nachsicht, dass ich nach Überschreiten der vorgesehenen Redezeit nicht auch noch Zwischenfragen aufrufe. Ich glaube, das versteht sich unter dem Gesichtspunkt des beschlossenen Zeitmanagements im Ergebnis von selbst.

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Ulrich für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme es vorweg: Die Linke wird dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen,

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Verpasste Chance!)

weil wir damit zum wiederholten Male nicht die Ursachen der Krise angehen, sondern wieder nur ein einziges Symptom falsch behandeln.

- (B) Es ist schon fast absurd, Herr Meister, wenn Sie sagen: Wir wollen keine Transferunion. – Irgendwann müssen doch auch Sie einsehen: Wenn Deutschland dauerhaft immense Außenhandelsüberschüsse erwirtschaftet, dann ist in der Europäischen Union eine Transferunion unumgänglich. Das zu verschweigen und immer wieder so zu tun, als wäre es nicht so, ist tatsächlich ein Märchen. Aber daran glaubt fast niemand mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht auch nicht darum, dass wir tatsächlich die Ursachen bekämpfen. Es geht einmal mehr darum, dass wir die Märkte beruhigen sollen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass der Herr Finanzminister im Europausschuss gesprochen hat. Dabei war folgende Aussage wesentlich: Wir müssen das tun, um die Märkte zu beruhigen.

Das zeigt im Prinzip, dass wir aus der Krise nichts gelernt haben. Die Märkte können weiterhin Staaten vor sich hertreiben. Sie können weiterhin ihre Spielchen an den Börsen treiben. Und wir wollen mit so einem Instrument etwas verändern? Nein, im Gegenteil: Sie werden sich auch in Zukunft Wege suchen, um die einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen und den Euro zu schwächen, um ihre Börsengeschäfte zu machen. Jeder seriöse Banker, mit dem man sich unterhält, sagt auch, dass das alles nur Sonntagsreden gewesen seien, die auch Sie im Bundestag immer wieder verbreitet haben, als sich die Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise entwickelt hat, dass es genau so weitergehe wie vorher.

Im Gegenteil: Das ist falsch. Es geht nicht genau so wie vorher weiter. Vorher wusste die Finanzwelt nicht,

ob sie das am Schluss bezahlt bekommt. Mittlerweile weiß sie, dass sie genau so wie vorher weitermachen kann. Der Steuerzahler zahlt es, und Sie heben heute wieder für so ein Geschäft die Hand. (C)

Wie oft haben wir – Michael Roth hat angesprochen, dass wir auch das Soziale mitdenken müssen – als Linke im Bundestag gesagt, dass uns der Lissabon-Vertrag keine Antwort auf solche Fragen gibt? Wie oft haben wir gesagt: Wenn wir das Soziale mitdenken müssen, brauchen wir zum Beispiel auch die soziale Fortschrittsklausel? Immer hieß es, wir könnten die Verträge nicht verändern. Jetzt werden die Verträge verändert, ohne das Soziale mitzudenken.

(Dr. Eva Högl [SPD]: Wir fordern das aber! – Zurufe von der FDP)

Heute Nachmittag haben wir die Chance gehabt, die soziale Fortschrittsklausel zu beschließen. Die Allparteienkoalition des Lissabon-Vertrags hat heute Mittag mit Nein gestimmt. Michael Roth, die SPD sollte sich schämen, dass man vor der Europawahl den Gewerkschaften die Hand für eine soziale Fortschrittsklausel gereicht hat und heute dagegen stimmt.

(Zuruf des Abg. Michael Roth [Heringen] [SPD])

Das ist diese unglaubliche Politik. Es war wieder einmal Wählerbetrug von der SPD und von den Grünen beim Thema der sozialen Fortschrittsklausel.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU]) (D)

Nun geht es wieder um eine Vertragsänderung, die nicht dazu dient, die EU sozialer zu machen, sondern dazu, einen dauerhaften Bankenrettungsplan einzuführen. An den Beispielen Irland und Griechenland kann man jetzt schon sehen, wer für diese Bankenrettung immer wieder aufs Neue bezahlt:

(Zuruf von der CDU/CSU: Der deutsche Steuerzahler!)

die Steuerzahler, die Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Kinder. Die Profiteure der Krise müssen weiterhin nichts zahlen. Da haben manche Vorredner das Richtige gesagt, aber es werden keine Maßnahmen ergriffen, mit denen man das ändern kann.

An die Bundesregierung gerichtet sage ich: Es ist geradezu absurd, dass die gute Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung von der Bundeskanzlerin derart pervertiert wird, wie es im Zusammenspiel mit Frankreich geplant ist – oder auch nicht.

(Zuruf von der FDP: Oder auch nicht? – Nein!)

Wie kommt man auf die Idee zu glauben, die deutschen Rezepte seien europaweit erfolgreich einzusetzen? Glaubt denn jemand wirklich, dass sich der Euro stabilisieren wird, wenn man Menschen in ganz Europa jetzt empfiehlt, bis 70 zu arbeiten? Glaubt denn wirklich jemand, dass man in ganz Europa empfiehlt, mit Steu-

Alexander Ulrich

- (A) erdumpingprozessen den Euro zu stabilisieren? Glaubt denn jemand wirklich, dass mit Sozialabbau die Wachstumskräfte entfaltet werden können? Glaubt denn jemand wirklich, dass man mit einem Import von ungesicherten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit und Niedriglohnbereichen Wachstumskräfte entfalten kann?

Wer diese Rezepte in eine europäische Wirtschaftsregierung einbringen kann, wird die Krise auf eine Art und Weise verschärfen, die wir bisher nicht kennen. Die Krise wird nicht beendet werden, sondern die Reichen werden reicher, und die Armen werden ärmer. Griechenland, Portugal, Irland und andere Länder werden nie ihre Probleme beseitigen können.

(Zuruf von der LINKEN: So ist es!)

Ich komme zum Schluss: Die Linke lehnt die vorgelegte Vertragsänderung ab. Wir erwarten, dass wir europaweit an die Ursachen der Krise gehen. Dazu gehört auch, dass wir endlich das Thema umsetzen, über das Herr Schäuble immer sagt, er würde dafür kämpfen: die Finanztransaktionsteuer. Das ist auch nur Placebopolitik. Die Bundesregierung kämpft nicht dafür. Das wäre jedoch eine wesentliche Maßnahme, um die Märkte tatsächlich zu beruhigen. Denn Zocker müssen endlich ruhiggestellt werden, aber diese Bundesregierung reicht ihnen weiterhin die Hand.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Manuel Sarrazin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Grüne stimmen dem vorgelegten Antrag über die Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zur Ergänzung von Art. 136 AEUV zu. Wir befürworten die Einführung einer Rechtsgrundlage für einen permanenten Notfallschirm für den Euro. Dass mit dieser Änderung nicht die Union, sondern die Staaten ermächtigt werden, halten wir nicht für die beste Lösung. Wir Grüne hätten uns eine europäische Lösung gewünscht, vor allem weil wir damit die maßgebliche Kontrolle des Europäischen Parlaments über diese Institution ermöglicht hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber weil sich die Regierungen – leider auch diese Bundesregierung – von Anfang an geweigert haben, der EU mehr Kompetenzen zu geben, ist die vorliegende Änderung der Weg, den wir gehen müssen. Auch wir gehen ihn mit. Es ist nicht der beste Weg, aber in dieser Situation der bestmögliche.

Damit Ihnen das ganz klar ist: Wir billigen damit nicht Ihren Weg einer Renationalisierung europäischer Entscheidungen, wir billigen damit nicht Ihre neue Liebe für die Unionsmethode, und wir werden diese Methode

in Zukunft sogar verstärkt bekämpfen, weil sie nicht der Weg ist, der Europa voranbringt. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind für die Einführung eines europäischen Stabilitätsmechanismus. Warum? Schauen Sie sich einmal das vergangene Jahr an. Niemandem von Ihnen ist vorzuwerfen, wenn er dazulernt. Aber wenn man das Gerede der Koalition der letzten Monate mit dem vergleicht, was Sie heute hier beschließen, dann muss ich sagen, dass ich es schon dreist finde, dass Sie nicht einmal den Mut haben, hier zu bekennen: Wir haben dazugelernt, weil wir dazulernen mussten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich erinnere an das nationale Geschrei gegen Griechenland, das Ausschließen eines permanenten Schirms und vieles mehr. Herzliche Glückwünsche, Kollegen, Sie sind zurück in der Realität. Aber auch: Willkommen zurück in Europa.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Haben Sie nicht auch dazugelernt, Herr Sarrazin?)

– Ich gebe zu: Ich habe viel im letzten Jahr dazugelernt. Ich möchte einmal von Ihnen hören, dass das, was Sie heute beschließen, zum Glück nichts mehr mit dem zu tun hat, was vor einem Jahr von den Kollegen der FDP-Fraktion und von Herrn Schlarmann erzählt wurde. Geben Sie das doch einfach zu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Aber seien wir ganz ehrlich: Könnten wir uns eigentlich vorstellen, dass ein Scheitern des Euro sinnvoll sein könnte? Könnten wir, Grüne und SPD, uns vorstellen, dass der Bundestag die Rolle der Bundesregierung aus dem Frühjahr 2010 wiederholt? Nein. Ihr ewiges Zögern war teuer genug für Deutschland und Europa. Deswegen werden wir diese Rolle von Ihnen hier nicht wiederholen.

(Mechthild Dyckmans [FDP]: Hören Sie doch auf, zu schreien!)

Ihre Politik hat genug Porzellan zerschlagen. Oftmals reden Sie von deutschen Interessen, aber Sie wahren dabei nicht einmal deutsche Interessen. Nehmen wir das Beispiel, das gerade genannt wurde, nämlich dass die EZB inzwischen ein massives Interesse daran hat, Staaten aufrechtzuerhalten, damit sie nicht zusammenbricht, weil sie einen hohen Anteil von Anleihen aufgekauft hat. Nehmen wir die Frage der Gläubigerbeteiligung, die Herr Schick gerade dargestellt hat. Auch in diesen Punkten vertreten Sie weiterhin ideologische Positionen, die Lösungen verhindern. Das kann man Ihnen immer noch vorwerfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Wir haben die Ideologie der Unabhängigkeit der EZB! Das ist wohl wahr!)

Manuel Sarrazin

- (A) Wir haben darüber hinaus in den letzten Monaten bemerkt, wie Sie den Deutschen Bundestag behandelt haben. Der Bundestag – das ist dokumentiert – wurde wiederholt gesetzeswidrig seiner Informationsrechte beraubt. Die Bundesregierung muss aufhören, sich nicht an das EUZBBG zu halten und es sogar noch offenkundig durch die Konstruktion einer Lex specialis – § 5 Abs. 4 EUZBBG – falsch zu interpretieren. Wir sagen: Verbessern Sie das, ansonsten werden wir Probleme haben, künftig noch die wichtigen europäischen Entscheidungen so verfassungsfest durch dieses Haus zu bringen, dass auch Karlsruhe sie akzeptieren kann.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Sie haben doch bis jetzt auch nicht zugestimmt!)

– Was wollten Sie? Stellen Sie doch eine Zwischenfrage.

(Abg. Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Jetzt kommt sie, wunderbar. – Können Sie, Herr Präsident, die Zwischenfrage bitte während der nächsten 25 Sekunden aufrufen?

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Bestellen von Zwischenfragen sieht die Geschäftsordnung eigentlich nicht vor. Aber bei meiner sprichwörtlichen Liberalität wollen wir das einmal ausprobieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):**

Herr Präsident, ich habe der Geschäftsordnung entnommen, dass man auch Zwischenbemerkungen machen darf. Darauf haben Sie ja hingewiesen.

Herr Kollege Sarrazin, wie kommen Sie eigentlich dazu, uns so schulmeisterlich zu belehren? Schließlich haben Sie noch nicht einmal dem bisherigen Rettungsschirm zugestimmt. Wie kommen Sie angesichts Ihrer bisherigen Verweigerung dazu, uns in Aussicht zu stellen, an praktischer Europapolitik mitzuwirken? Geben Sie dafür doch einmal eine Erklärung ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz dünn!)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Wadephul, unsere Fraktion hat dem Euro-Rettungsschirm damals nicht zustimmen können,

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Ah!)

weil eine Mehrheit kritisierte, dass kein Rahmenvertrag vorliege und damit die Handlungsgrundlage nicht klar sei. Aus meiner persönlichen Sicht war das damals nicht ganz richtig. Als uns aber der Rahmenvertrag vorgelegt wurde, hatte sich die historische Situation insofern weiterentwickelt, als, um das Triple-A-Rating zu erhalten, dem Direktorium der EFSF weitgehende Kompetenzen zugebilligt werden mussten – aus meiner Sicht zu Recht –,

- wofür aus meiner Sicht eine Ratifizierung gemäß Art. 59 Abs. 2 Grundgesetz durch den Deutschen Bundestag notwendig gewesen wäre. (C)

Um unsere grundsätzliche Zustimmung zur EFSF und um auch unsere grundsätzliche Zustimmung zu diesen weitgehenden Kompetenzen zu dokumentieren sowie um auf das Versagen der Bundesregierung, die Ratifikation durch den Bundestag einzuholen, hinzuweisen, haben wir kurz vor der Sommerpause im letzten Jahr den EFSF-Rahmenvertrag als Entwurf eines Zustimmungsgesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das heißt, wir haben den Deutschen Bundestag gebeten, den Vertrag zur Schaffung des Fonds „Europäische Finanzstabilitäts-Fazilität“ mit Sitz in Luxemburg zu ratifizieren, und Sie haben das abgelehnt. Werfen Sie uns nicht vor, wir hätten uns nicht getraut, uns hinzustellen und zu sagen: Wir stehen zum Rettungsschirm. – Aufgrund Ihrer Schlußerei hatten wir zunächst formale Gründe für unsere Ablehnung. Wir haben noch versucht, Ihnen eine goldene Brücke zu bauen, und Sie haben die Möglichkeit ausgeschlagen, darüberzugehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Ein Bundeskanzler sagte einmal:

Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.

Das sagte Konrad Adenauer 1963. Wenn Sie, verehrte Damen und Herren von der Koalition, im Jahre 2011 wieder einen europapolitischen Kurs beschreiten wollen, der Deutschland gerecht wird, dann folgen Sie den Anträgen von SPD und Grünen. (D)

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Da ist ja St. Pauli noch erfreulicher!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegen Michael Roth und Manuel Sarrazin haben uns gerade mit starken Worten erklärt, was notwendig wäre, um Deutschland auf den richtigen europapolitischen Kurs zu bringen,

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Nicht Deutschland, Sie!)

und dass sie sich selbst für gute Europäer halten; aber leider haben sie sich jeweils in ihrer eigenen Fraktion nicht durchsetzen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So kann man Europapolitik nicht betreiben.

Thomas Silberhorn

- (A) Wir beraten heute einen Antrag, der, soweit ich das überblicken kann, erstmals ein Verhandlungsmandat für die Bundesregierung formuliert, bevor die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat, also zum Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs, reist. Ich finde, das ist stilbildend. Das steht dem Bundestag gut zu Gesicht. Das macht deutlich, dass wir als Parlamentarier selbstbewusst unserer Verantwortung nachkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir warten nicht einfach ab, was der Regierung, die wir natürlich schätzen und die wir unterstützen, am Verhandlungstisch einfällt, um es hinterher abzunicken, sondern wir formulieren im Vorhinein unsere Erwartungen. Wir legen Maßgaben fest; so heißt es in diesem Antrag. Wir unterstützen damit ausdrücklich die Verhandlungslinie der Bundesregierung. Wir setzen ihr zugleich höflich, aber bestimmt Grenzen. Ich denke, das ist ein guter Kurs. Das sollten wir auch künftig beibehalten, wenn es um die Verhandlung europäischer Verträge geht.

Die geplante Vertragsänderung und die Errichtung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus sind ein Konstrukt, das wir nochmals sehr genau überdenken müssen, spätestens dann, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, wie das mit dem vertraglichen Verbot der Schuldenübernahme zu vereinbaren ist; das Verbot der Schuldenübernahme soll ja ausdrücklich nicht angetastet werden.

- (B) Deshalb bin ich persönlich gegen den Ankauf von Staatsanleihen, weil nach meiner Bewertung ein Ankauf von Staatsanleihen bedeutet, dass man neue Schulden übernimmt und dass aus nationalen Schulden vergemeinschaftete europäische Schulden werden.

Deswegen stelle ich zumindest die Frage, weshalb der Ankauf von Staatsanleihen nach Auffassung der Bundesregierung keine Schuldenübernahme sein soll. Ich stelle die weitere Frage, wann nach Auffassung der Bundesregierung denn dann überhaupt eine Übernahme von Schulden vorliegen soll. Wenn man das Verbot der Schuldenübernahme so interpretiert, dass nur dann, wenn Schulden realisiert werden, sie auch übernommen werden, dann wäre diese Regelung doch ziemlich ausgehöhlt. Deswegen müssen wir noch einmal gut überlegen, ob das der richtige Schritt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Wenn wir über diesen Stabilisierungsmechanismus Finanzhilfen gewähren, dann kann das natürlich nur dann Sinn machen, wenn die berechtigte Erwartung besteht, dass ein Staat, dem geholfen wird, auch wieder auf die Füße kommt, dass er selbst wieder am Finanzmarkt Kapital erhalten kann, dass er wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zurückgewinnt. Wenn das alles nicht mehr gelingt, wenn absehbar ist, dass ein Staat seine Schulden dauerhaft nicht tragen kann, dann muss auch eine Umschuldung möglich sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (C) Deswegen plädiere ich nach wie vor dafür, dass wir Regelungen für eine Umstrukturierung von Staaten und eine Umschuldung von Banken schaffen, wenn es denn nicht anders geht. Eine solche Umschuldung würde auch bedeuten, dass man eine Gläubigerbeteiligung ermöglicht. Denn es ist schon schwer vermittelbar, dass wir mit Steuermitteln das Risiko von denen übernehmen, die mit Staatsanleihen hohe Zinserträge erwirtschaftet haben, während diese Gläubiger selbst keinen angemessenen Beitrag zur Lösung des Problems leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Sehr gut! Sehen wir genauso!)

Ich sage: Wer hohe Risiken eingeht, um damit hohe Zinserträge zu erwirtschaften, der muss dann, wenn sich diese Risiken realisieren, auch mithaften. Das müssen wir umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Da können wir auch klatschen!)

Schließlich geht es darum, dass der Deutsche Bundestag seine Beteiligungsmöglichkeiten wahrt und sich ausreichende Beteiligungsrechte sichert, wenn dieser Europäische Stabilisierungsmechanismus errichtet werden soll bzw. er im konkreten Einzelfall aktiviert werden soll. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass in jedem Fall einer Finanzhilfe der Deutsche Bundestag angemessen beteiligt werden muss.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Angemessen beteiligen“ ist interessant!)

(D) Über die Einzelheiten werden wir uns unterhalten. Aber das muss Kern der Diskussion der nächsten Tage sein, die wir fraktionsübergreifend führen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Silberhorn, erlauben Sie zum Schluss noch eine Zwischenfrage des Kollegen Schick?

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Sehr gern.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, ich habe vorhin schon einmal versucht, beim Kollegen von der FDP-Fraktion herauszufinden, wie denn angesichts der Haltung zur Gläubigerbeteiligung, die Sie gerade beschrieben haben und die ich auch teile, Sie die Position der europäischen Regierungen und meines Wissens auch der Bundesregierung einschätzen und bewerten, dass die Gläubiger irischer Banken gerade nicht beteiligt werden, sondern dass das Petitum der irischen Regierung bisher nicht positiv beantwortet worden ist, die Gläubiger irischer Banken beteiligen zu können.

Dr. Gerhard Schick

- (A) Zum Hintergrund. Wenn wir die Gläubiger dieser Banken beteiligen, sinkt die Last für den irischen Staat. Damit sinkt das Risiko, dass der deutsche Steuerzahler im Falle Irlands zur Kasse gebeten wird.

Dass das nicht getan worden ist, leuchtet mir nicht ein angesichts der Grundposition, die Sie jetzt noch einmal vorgetragen haben.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Kollege, ich stehe hier, um meine Position darzulegen. Deswegen erkläre ich nochmals mit Nachdruck, dass ich es für richtig und für notwendig halte, dass dann, wenn mit Steuermitteln ausgeholfen wird, damit ein Teilverzicht von Gläubigern auf ihre Forderungen einhergehen muss. Das ist am Ende nur auf europäischer Ebene verhandelbar und entscheidbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich muss als Parlamentarier aber doch dieses Interesse formulieren dürfen. Schön, dass wir da einer Meinung sind.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur Beteiligung des Bundestages sagen. Es geht nicht nur um die Errichtung und die Aktivierung dieses Europäischen Stabilisierungsmechanismus. Wir müssen im Zusammenhang damit nochmals unsere Beteiligung an der bereits etablierten Europäischen Finanz-Stabilisierungs-Fazilität überdenken. Wir müssen auch im Blick behalten, dass die Vertragsänderung eine recht unbestimmte Formulierung beinhaltet, die erst dann bestimmbar wird, wenn es konkret um Finanzierungshilfen geht. Deswegen ist hier eine Beteiligung des Bundestages notwendig.

(B)

Lassen Sie uns auch beim Pakt für den Euro für eine angemessene Beteiligung des Bundestages sorgen. Denn wenn die Bundesregierung sich in Brüssel mit den anderen Partnern in Bereichen koordinieren will, die in die nationale Zuständigkeit fallen, dann ist das einerseits eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung, andererseits wird sie damit aber auch die Erwartung verbinden, dass der Deutsche Bundestag nachvollzieht und umsetzt, was als Ergebnis dieser Koordination auf europäischer Ebene herausgekommen ist. Das erfordert, dass der Deutsche Bundestag im Vorhinein ausreichend informiert und angemessen beteiligt wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt die Kollegin Bettina Kudla von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bettina Kudla (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der vorliegenden Vertragsänderung soll

erreicht werden, dass ein permanenter Stabilitätsmechanismus für die 17 Euro-Länder geschaffen wird. Zwar hat die Wirtschafts- und Finanzkrise die Einrichtung dieses Mechanismus beschleunigt; gleichwohl – jetzt bitte zuhören, Herr Roth! – geht es um weit mehr als einen bloßen Mechanismus. Es geht darum, die EU zukunftsfähig zu machen und für dauerhafte Stabilität zu sorgen. Wir haben für die 27 EU-Staaten bereits einen einheitlichen Binnenmarkt und werden ab Mai dieses Jahres auch einen einheitlichen Arbeitsmarkt haben. 17 Staaten haben eine einheitliche Währung. Diese Währung – das kann man nicht oft genug betonen – gilt es stabil zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Von einer instabilen Währung wären alle Bürger betroffen, sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern. Die Kaufkraft der Währung muss erhalten bleiben, damit die Bürger für ihr verdientes Geld bei stabilen Preisen einen adäquaten Gegenwert bekommen.

Vieles wurde schon gesagt; das werde ich in meiner Rede nicht mehr ansprechen.

Ein Grundproblem ist, dass nahezu alle europäischen Staaten seit Jahren mehr ausgegeben haben, als sie eingenommen haben, wodurch sie drastische Schuldenberge angehäuft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine Verkleinerung der Schuldenberge öffnet die Sicht auf eine zukunftsorientierte Politik. Eine solche Politik brauchen wir.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Zukunft für Zukunft!)

Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass mit den Beschlüssen des Europäischen Rates folgendes Ziel formuliert wurde: Alle müssen einen weiteren Beitrag zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen leisten. Damit werden die Staaten gezwungen, sich den Kernproblemen der öffentlichen Haushalte zu widmen. Die größten Ausgabeposten und damit die größten Probleme der öffentlichen Haushalte sind: Rente, Arbeitsmarkt, Krankenversicherung und teilweise auch der Finanzmarkt.

Die anderen europäischen Länder, insbesondere diejenigen mit schrumpfender Bevölkerung, haben fast alle mit diesen Problemen zu kämpfen. Wenn wir uns zukünftig an einem Stabilitätsmechanismus beteiligen, ist es nur folgerichtig, dass in anderen Ländern keine Bedingungen herrschen dürfen, die dann im Grunde auf unsere Kosten gehen.

Nun zum Stabilitätsmechanismus selbst. Die detaillierte Ausgestaltung des künftigen ESM wird in Kürze im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens durch den Bundestag zu beschließen sein. Die inhaltlichen Eckpunkte zum ESM sind in dem Antrag der Regierungsfractionen festgelegt. Zwei Punkte wurden jetzt mehrfach angesprochen. Den Ankauf von Staatsanleihen auf dem Primärmarkt halte ich durchaus für vertretbar; denn

(C)

(D)

Bettina Kudla

- (A) das ist im Grunde eine Überbrückungsmaßnahme für einen Staat, der sich am Kapitalmarkt finanzieren will, um sich über eine kurzfristig schwierige Zeit zu retten. Ein Ankauf auf dem Sekundärmarkt wäre keinesfalls vertretbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zur Gläubigerbeteiligung – auch dieses Thema wurde schon angesprochen –: Wenn man Gläubiger zu einem zu frühen Zeitpunkt beteiligen würde, dann würde es unter Umständen eine Kettenreaktion im Bankensektor geben, die zu entsprechenden Verwerfungen führt. Deswegen ist es richtig, dass ab Mitte 2013 entsprechende Klauseln in Anleihen aufgenommen werden, damit sich die Gläubiger und andere Marktteilnehmer auf eine eventuelle Beteiligung einstellen können. Dann wird die Lage auf dem Kapitalmarkt stabil bleiben.

Was unseren eigenen Beitrag zum ESM betrifft: Wir werden wie auch andere Staaten Bürgschaften in enormer Höhe ausstellen und gegebenenfalls auch Einzahlungen in die künftige Stabilitätsgesellschaft vornehmen. Ein Ausreichen von Geldern aus dieser Gesellschaft wird aber nur als Ultima Ratio unter strengsten Bedingungen und unter der Maßgabe erfolgen – ich glaube, das ist der deutliche Unterschied zu den Vorschlägen in den Anträgen der Opposition –, dass in erster Linie das betreffende Land seine Probleme selber lösen muss.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wir behaupten doch nichts anderes!)

- (B) Im Hinblick auf die geäußerte Kritik, dass automatische Sanktionen fehlen, sei angemerkt: Der Pakt ist so ausgestaltet, dass ein Land, welches sich unter den Rettungsschirm begibt, weitgehende Eingriffe in seine Souveränität hinnehmen muss. Mit Verlaub: Vorschläge in den Anträgen der Opposition wie Euro-Bonds oder die soziale Fortschrittsklausel hemmen eher das Wirtschaftswachstum und schützen die Interessen unserer Bürger nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die von der Bundesregierung durchgesetzte gesetzliche Verankerung einer Schuldenbremse auch in anderen europäischen Ländern wird maßgeblich zur Trendumkehr bei der Verschuldung der Staaten beitragen. Diese Trendumkehr muss schnellstmöglich erreicht werden, damit sich die Staaten selbst am Kapitalmarkt finanzieren können. Wir erwarten diese Trendumkehr in zwei bis drei Jahren. Allerdings ist der ESM dauerhaft angelegt. Daher ist es umso wichtiger, dass der Deutsche Bundestag in jedem einzelnen Fall entscheiden muss, ob ein Land Hilfe aus der Stabilitätsgesellschaft bekommt. Auch das haben wir in unserem Antrag vorgesehen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten

- der Europäischen Union auf Drucksache 17/5094. Ich informiere darüber, dass dazu zwei persönliche Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vorliegen, die wir zu Protokoll nehmen.¹⁾ (C)

Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung, die Annahme des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/4880 mit dem Titel „Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zur Ergänzung von Artikel 136 des Vertrages über die Arbeitsweise des Europäischen Union (AEUV) hinsichtlich der Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Abs. 3 GG ...“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/4881 mit dem Titel „Herstellung des Einvernehmens bezüglich der Ergänzung von Art. 136 AEUV zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verantwortlich gestalten“. Zu dem Antrag liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 17/5095? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke bei Zustimmung der SPD-Fraktion und von Bündnis 90/Die Grünen.

- Damit kommen wir zur Abstimmung über Nr. 2 der Beschlussempfehlung: Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/4881. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und von Bündnis 90/Die Grünen. (D)

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Nr. 3 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/4882 zum Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates zur Änderung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der SPD-Fraktion und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion Die Linke.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Nr. 4 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/4883 mit dem Titel „Herstellung des Einvernehmens zwischen Bundestag und Bundesregierung zur Änderung des Artikels 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren

¹⁾ Anlage 11

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Währung der Euro ist“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und von Bündnis 90/Die Grünen.

(C)

(B)

(D)

(A)		(C)
(B)	<p>Anlage 1</p> <p>Erklärung nach § 31 GO</p> <p>der Abgeordneten Frank Schäffler (FDP) und Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag:</p> <p>Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zur Ergänzung von Artikel 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hinsichtlich der Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)</p> <p>hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 Grundgesetz i. V. m. § 10 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (Tagungsordnungspunkt 11)</p> <p>Der von der Bundesregierung am 11. März 2011 in Brüssel eingeschlagene Weg zur „Änderung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist – Ratsdok. 17620/10 (EUCO 30/10, Anlage I) –“ ist der Weg zur Ausweitung des bestehenden Euro-Rettungsschirms, die der Deutsche Bundestag nie wollte, ist der Weg zur unbefristeten Verlängerung des Euro-Rettungsschirms, die der Deutsche Bundestag nie wollte, ist der Weg zur qualitativen Veränderung der Europäischen Wirtschaftsverfassung, die der Deutsche Bundestag nie wollte.</p> <p>Alle drei Wege sind und bleiben falsche Wege. Denn es ist nach wie vor richtig, was unsere Frau Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 27. Oktober 2010 bezüglich des derzeitigen Rettungsschirms klargestellt hatte:</p> <p>Er läuft 2013 aus. Das haben wir auch genau so gewollt und beschlossen. Eine einfache Verlängerung kann und wird es mit Deutschland nicht geben, weil</p>	(D)

(A) der Rettungsschirm nicht als langfristiges Instrument taugt, weil er Märkten und Mitgliedstaaten falsche Signale sendet und weil er eine gefährliche Erwartungshaltung fördert. Er fördert die Erwartungshaltung, dass Deutschland und andere Mitgliedstaaten und damit auch die Steuerzahler dieser Länder im Krisenfall schon irgendwie einspringen und das Risiko der Anleger übernehmen können.

Diese Worte sind nach wie vor richtig. Die Lage hat sich nicht geändert. Offensichtlich wird jedoch, dass im Mai 2010 der politisch falscheste Satz des noch jungen 21. Jahrhunderts im Deutschen Bundestag gesprochen worden ist: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“

Flankiert vom Wort des Jahres 2010 „alternativlos“ darf seitdem niemand mehr öffentlich über Alternativen zum 750-Milliarden-Rettungsschirm nachdenken. Und wird der Rettungsschirm beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. März nicht verewigt, dann „Scheitert der Euro und scheitert Europa!“

Welches Europa da gerade scheitert, wird indes nicht hinterfragt, denn es könnte auffallen, dass es das Europa der Planwirtschaftler und Bürokraten ist.

Die Alternativlosigkeit verbietet, über die Ziele einer liberalen Europapolitik nachzudenken, über Rechtsstaatlichkeit in Europa, über den Schutz der individuellen Freiheit, über eine freiheitliche Wirtschaftsverfassung, denn: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“

(B) Wir dürfen natürlich auch nicht darauf hinweisen, dass wir am 21. Mai 2010 im Deutschen Bundestag zwei Drittel des Steueraufkommens des Bundes für die Staatsschulden anderer Länder verpfändet haben und dass dies ohne einen Parlamentsvorbehalt und ohne eine rechtliche Grundlage in den europäischen Verträgen vom Deutschen Bundestag durchgewunken wurde.

Noch im Jahr 2009 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil das Budgetrecht des Parlaments zum Kernbereich demokratischen Lebens gezählt. Sowohl das Demokratieprinzip als auch das Wahlrecht seien verletzt, wenn die Festlegung über die Art und Höhe der den Bürger betreffenden Abgaben in wesentlichem Umfang supranationalisiert würde.

Wir dürfen nicht aussprechen, dass der Deutsche Bundestag bei der nunmehr geplanten „Verstetigung“ des Euro-Rettungsschirms sein Königsrecht der freien Haushaltsplanung und -verabschiedung verliert. Wir dürfen nicht beklagen, dass wir als Bundestagsabgeordnete unserer eigenen Entmachtung zustimmen sollen. Nein! Nein! Nein! Gute Europäer müssen wir sein!

Wir dürfen nicht laut darüber nachdenken, dass das heutige Europa auf dem Weg in die monetäre Planwirtschaft und den politischen Zentralismus ist und dass Planwirtschaft und das Brechen der Europäischen Verträge nicht alternativlos sind. Wir dürfen die Hauptursachen der Überschuldungskrise unserer Staaten und Banken natürlich nicht benennen: die Geld- und Kreditschöpfung aus dem Nichts und die Möglichkeit, staatliches ungedecktes Zwangspapiergeld unbegrenzt vermehren zu können. Dass ohne diese Alchemie des Geldes kein welt-

(C) weites Schneeballsystem aus ungedeckten zukünftigen Zahlungsverpflichtungen hätte entstehen können, dürfen wir natürlich auch nicht sagen. Es könnte ja erkannt werden, dass dieses Schneeballsystem nur möglich ist, weil der Staat aus Gründen der leichteren Finanzierung von Staatsausgaben den Banken Privilegien verliehen hat, die gegen die Grundprinzipien jeder marktwirtschaftlichen Ordnung verstoßen.

Und es ist natürlich eine Beleidigung des heutigen Establishments, wenn man deutlich macht, dass dieses Geldsystem fast zwangsläufig zur Überschuldung von Staaten und Banken führt, die sich in diesem Prozess gegenseitig decken, stützen und erpressen. Die Erpressung lautet: Werden die Zahlungen für uns eingestellt, fällt das gesamte Finanzsystem zusammen.

Ein Europa des Rechts, des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft muss die Antwort auf diese Vertrauenskrise sein. Regeln, die gemeinsam vereinbart wurden, müssen eingehalten und von der EU-Kommission als Hüterin des Rechts durchgesetzt werden. Nicht planwirtschaftliche Gleichmacherei durch Bürokraten einer Wirtschaftsregierung oder einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, sondern mehr Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, als Entmachtungsinstrument und faktische Schuldenbremse müssen zugelassen werden. Und schließlich ist eine marktwirtschaftliche Geldordnung vonnöten, die der EZB nicht weiter erlaubt, den Zins und damit den Preis für Güter und Dienstleistungen beliebig zu manipulieren und damit die marktwirtschaftliche Ordnung zu zerstören.

(D) Dieser Dreiklang ist die Alternative zur Alternativlosigkeit. Denn sonst behalten die recht, die behaupten: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“

